

Das Geld abschaffen bzw. durch etwas Besseres ersetzen

Manfred Dieckow

„Das ist unmöglich“ -so die normale Reaktion auf den Vorschlag, das Geld abzuschaffen. Zu eng ist das private und wirtschaftliche Leben mit dem Geld verwoben, ohne Geld wird unsere Wirtschaft zusammenbrechen und damit auch unsere Lebensgrundlage, das ist eine weit verbreitete Ansicht. Wissenschaftler haben begründet, warum wir Geld brauchen, wie Geld den Wohlstand fördert und preisen Geld als eine der großen Menschheitserfindungen.

Andererseits ist aber auch bekannt, dass mit unserer auf Geldverdienen und Geldbesitz fixierten Gesellschaft und Wirtschaft eine Vielzahl von Nachteilen verbunden ist: Zu nennen ist die Bildung von Geldvermögen, deren Mehrung über Zins und Zinseszins, die Einflussnahme über Geldbesitz auf Wirtschaft und sogar auf Politik, die Spekulation, die künstliche Verknappung von Geld, die Entwertung von Geld, die missbräuchliche Anwendung von Geld (Bestechung, Schwarzwirtschaft), die in Betrug, sogar Raub und Mord ausartende Gier nach Geld, die Geldverschuldung, die ohne Zweifel gegebene Geldumverteilung von arm zu reich.

Es ist also durchaus berechtigt vorzuschlagen, das Geld abzuschaffen, wenn es dafür etwas Besseres gibt. Darüber hinaus hat diese Frage rein wissenschaftliches Interesse: Lässt sich Geld, mindestens in der Theorie, durch etwas Besseres ersetzen?

Zunächst sei definiert, um welches Geld es sich handelt: Das Geld, wie wir es heute in Form von Münzen, Banknoten oder als Giralgeld kennen, das wir benutzen um etwas zu erwerben, Eigentümer eines Gutes zu werden: Wenn wir z.B. dem Verkäufer eines Radios die vereinbarte Kaufsumme in Euroscheinen übergeben haben, sind wir Eigentümer des Radios geworden, können damit machen was wir wollen (es z.B. auseinander nehmen, um zu sehen, wo die Musik herkommt). Der Verkäufer hat nun Geld, es muss auch einen Wert besitzen.

Und wie kommen wir zu Geld? Im Normalfall (wenn wir vom Verkauf von Eigentum und Sozialtransfer absehen) erhalten wir es als Einkommen, als Gegenwert für unsere Beteiligung an der Gütererzeugung: als Arbeitseinkommen, weil wir direkt an der Gütererzeugung mitgewirkt haben, als Miet/Pacht/Zinseinkommen, weil wir für die Gütererzeugung Sachen, Erdboden oder Geld leihweise zur Verfügung gestellt haben, als Erfolgs- oder Gewinneinkommen, weil wir Güter mit Gewinn weiterverkauft haben.

Andererseits bestimmen diese Einkommen auch den Wert der erzeugten Güter, denn alle Einkommen werden in die Güterpreise eingerechnet, die Einkommenssumme aller Bürger entspricht dem Wert aller erzeugten Güter.

Es lässt sich auch so darstellen: Wir erhalten von Unternehmen als Einkommen Geld, dafür werden die Unternehmen Eigentümer der durch unsere Mitwirkung erzeugten Güter. Die Unternehmen wollen die erzeugten Güter natürlich nicht für sich behalten, sie verkaufen sie uns, und wir geben ihnen dafür unser Geld (zurück). So schließt sich der Kreislauf. Es ist noch etwas komplexer: Auch die Unternehmen brauchen Geld, wenn sie Güter von Vorlieferanten kaufen.

In diesem, unserem heutigem System, stehen sich also zwei Parteien gegenüber:

Die Unternehmen als Eigentümer der Güter, die sie zum Erwerb anbieten und die Bürger (z.T. auch Unternehmen) mit ihrem Geld.

Offensichtlich sind die Unternehmen in Vorteil: Ihr Eigentum sind reale Güter, die Bürger haben nur Geld. Weigern sich alle Unternehmen, ihre Güter zu verkaufen (und das können

sie, sie sind Eigentümer der Güter) ist das Geld wertlos – so geschehen vor der Währungsreform 1948.

Aber die Bürger sind nicht wehrlos: Es ist heute praktisch nicht kontrollierbar, was sie mit ihrem Geld machen und sie können damit machen, was sie wollen: Sie können Güter kaufen oder nicht und damit die Unternehmen in Bedrängnis bringen. All dies passiert heute.

Jetzt ein Vorschlag, um das gesamte Wirtschaftsleben und Privatleben zu verbessern: Als Einkommen erhalten die Bürger kein Geld, sondern einen ideellen Anteil am erzeugten Güterberg zugesprochen verbunden mit dem Recht und der Pflicht, für diesen Anteil zeitnah reale Güter aus dem Güterberg zu beziehen - es sind ja Güter im Werte des Einkommens erzeugt! Einkommen sind „GüterBezugsRechte“, abgekürzt „GeBeR“. Man verdient kein „Geld“ (gibt es nicht), sondern beteiligt sich an der Gütererzeugung, muss sich dementsprechend auch am Güterverzehr beteiligen – sonst entsteht doch ein Güterstau!

Entsprechend den Möglichkeiten des 21.Jahrhunderts erfolgt die praktische Realisierung durch eine (staatlichen) Zentralbank, die auf einem Computer für jeden Bürger und für jedes Unternehmen ein Konto führt. Steht eine Einkommenszahlung an, veranlassen die Unternehmen diese Bank, den betroffenen Bürgern GeBeR gutzuschreiben und den Wert des eigenen Güterbestandes entsprechend heraufzusetzen – die Wertschöpfung der Unternehmen wird „gebucht“. Beziehen die Bürger Güter, setzt die Bank den GeBeR-Bestand bei den betroffenen Bürgern und den Güterbestand bei den liefernden Unternehmen herab. Liefert ein Unternehmen einem anderen Unternehmen Güter, so setzt die Bank den Bestandswert bei dem liefernden Unternehmen herab und erhöht ihn bei dem empfangenden Unternehmen. Die Lieferungen der Unternehmen werden mit dem ausgehandelten (Markt)Wert der Güter gebucht. Erfolgt die Güterlieferung mit „Gewinn“, d.h. der Güterempfänger bewertet die Güter höher als es dem Bestandswert im liefernden Unternehmen entspricht, entsteht ein „nachträglicher“ Einkommensanspruch der Beschäftigten (incl. des Unternehmers) des liefernden Unternehmens. Also, teilweise genau wie heute, aber insgesamt viel einfacher. Der beschriebene Buchungsverkehr läuft „unbar“ ab, Unternehmen und Bürger weisen die Zentralbank wie heute über Datenträgeraustausch, Homebanking, ec-Karte, funktionsmäßig erweitertes Handy usw. an, die Buchungen vorzunehmen.

Unvorstellbare Vorteile zeichnet eine solche „Güter+GeBeR-Wirtschaft“ aus:

1. Es wird kein Geld benötigt, im Computer kann keines enthalten sein, dort werden nur Informationen ausgetauscht. Und es ist auch kein Geld nötig, den Bürgern gehören ja bereits alle Güter, sie suchen sich nur etwas nach ihrem Geschmack oder Bedürfnis aus (Einkauf wie bisher, Zahlung mit ec-Karte, Handy, Überweisung, Dauerauftrag). *Gelderstellung, -transport, -verwahrung entfallen, kriminelle Handlungen mit Geld unmöglich, Schwarzwirtschaft unterbunden u.a.*
2. Unternehmen brauchen, wenn sie Güter von Vorlieferanten beziehen, auch kein Geld: Der Vorlieferant liefert etwas, was ihm nicht gehört, sondern von ihm nur treuhänderisch verwaltet wurde und auch der Empfänger übernimmt das Gut nur treuhänderisch zur Wertanreicherung durch Zuführung von Arbeit, um es dann weiterzugeben. Dafür ist nur eine Bestandsführung nötig. *Kein Umlaufvermögen in den Unternehmen benötigt, keine Liquiditätsengpässe, die gesamte heutige Zahl- und Mahnorganisation ist überflüssig, keine Folgewirkungen auf Lieferanten bei Unternehmenszusammenbrüchen u.a.*

3. Die Unternehmen können keine Güter zurückhalten, da sie ihnen ja nicht gehören.
GeBeR sind durch den Güterberg gedeckt – heutiges Geld hat keine Deckung.
4. Die Bürger dürfen sich nicht mit Konsum zurückhalten, sie haben ihr Einkommen erhalten, weil sie an der Gütererzeugung mitgewirkt haben, es ist „etwas für sie“ produziert.
Gleichmäßige Auslastung der Unternehmen, keine Krisen durch Käuferzurückhaltung, kein Sparen und damit keine Bildung von Geldvermögen, kein Zins.
5. Die Gütererzeugung passt sich dem tatsächlichen Güterbedarf an, damit passt sich auch die Beschäftigung an, sie geht mit Produktivitätsfortschritt und Bedarfssättigung zurück.
Kein Zwang zu permanentem Wachstum oder Vollbeschäftigung, weniger Arbeitsplätze bzw. weniger Arbeit wird nicht als Übel, sondern als Ziel angesehen. Andererseits können neuentwickelte Güter auch neue Arbeitsplätze schaffen, so entsteht ein Ausgleich.

Es bleiben Fragen offen die aber – verglichen mit heutigen Verfahren – leicht lösbar sind wenn nicht vom Ziel abgewichen wird, eine „Wirtschaft ohne Geld“ zu gestalten – zugleich ergeben sich weitere Vorteile für Bürger und Unternehmen:

1. Güterversorgung von Bürgern, die noch nicht, nicht mehr oder vorübergehend nicht an der Gütererzeugung beteiligt sind und daher kein (GeBeR-)Einkommen haben (signifikante Ersparnisse gibt es nicht): Ausgangspunkt ist die Annahme, dass die Wirtschaft – wenn sie ungehemmt produzieren könnte - genügend Güter erzeugen kann, um alle Bürger mehr wie ausreichend mit Gütern zu versorgen (außerdem würden in der BRD fünf Millionen Arbeitslose auch gerne mitwirken, den Güterberg zu vergrößern). Werden also dem Gesamtbedarf entsprechend Güter erzeugt, landen die zugehörigen GeBeR zunächst auf den Konten der Bürger, die an der Gütererzeugung mitgewirkt haben. Diese können aber ihre GeBeR gar nicht voll konsumieren, der Güterberg ist zu groß, er enthält ja auch Güter für die Nichtarbeitenden. Also müssen die Einkommensempfänger einen Teil ihrer GeBeR in Form einer Transferabgabe an die einkommenslosen oder einkommensschwachen Bürger abgeben. Dieser Transfer kann nach gesetzlichen Vorgaben mit geringstem Administrationsaufwand alleine von dem oben genannten Computer vollzogen werden, da dieser für jeden Bürger ein Konto führt und damit die augenblicklichen und früheren Einkommensverhältnisse kennt.
Es kann nur der augenblicklich erzeugte Güterberg verteilt werden, daher ist ein Umlageverfahren die richtige Lösung. Die Vielzahl der heutigen Verfahren (Pensionen, Renten, Knappschaften, Lebensversicherungen, Zusatzversicherungen, Krankengelder, Sozialhilfen, Arbeitslosenunterstützungen, Riesterrenten usw. mit ihrem gewaltigen Administrationsaufwand entfallen bei gleichzeitiger Erhöhung der Gerechtigkeit.

2. Erwerb hochwertiger Güter durch Bürger (Wohneigentum, Autos). Es ist ein (staatliches) Unternehmen („Wertkaufförderer“) denkbar, das Bürgern eine Zahlung hochwertiger Güter auf Raten ermöglicht – ohne Zinsaufschlag, die Einnahmen aus Rückzahlungen entsprechen nach einer Einlaufzeit dem Volumen für Neuverträge (insbesondere bei einer abnehmenden Bevölkerung und eintretenden Bedarfssättigungen). Auch hier kann die Administrationsarbeit vollständig von dem oben genannten Computer übernommen werden, da dieser die Einkommens- und Ausgabenverhältnisse aller Bürger kennt. Der nötige „finanzielle“ Grundstock kann durch eine Abgabe auf die Einkommen (oder Spenden usw.) in einigen Jahren aufgebaut werden.

Eine solcher Wertkaufförderer ist möglich und würde auch die Wirtschaft fördern, da die Güter durch Fortfall der Zinsen viel günstiger sind. Kreditberatungen durch Banken entfallen, Überschuldungen werden vermieden, keine Schufa, Anonymität bleibt erhalten.

3. Investitionen der Unternehmen. Es wird generell auf das Leasingverfahren umgestellt. Als Leasinggeber ist eine neue Unternehmensform „Investitionsförderer“ denkbar. Diese, vom Staat zu lizenzierenden Unternehmen müssen alle Einnahmen aus Leasingverträgen wieder in Neuinvestitionen umsetzen und operieren zweckmäßig branchenbezogen – z.B. für Unternehmen der Werkzeugmaschinenindustrie, um deren Absatz zu sichern. Der Aufbau des finanziellen Grundstockes ist noch zu klären, da bei uns ja bereits eine eingelaufene Wirtschaft besteht – eine startende Wirtschaft kann dies mit Abgaben erreichen.

Ähnlich wie der eben erwähnte Wertkaufförderer würden Investitionsförderer, die miteinander in Wettbewerb stehen, für eine gleichmäßige Auslastung der Investitionsgüterindustrie und damit für eine stets moderne Wirtschaft sorgen, auch hier bringt der Fortfall von Zinsen eine Verbilligung der Investitionsgüter und fördert die Investitionsbereitschaft.

4. Unternehmensgründungen ohne Eigenkapital: Eigenkapital wird nicht benötigt, es braucht kein Umlaufvermögen und auch kein Anlagevermögen (Leasing) finanziert zu werden. An die Beschäftigten (einschließlich des Unternehmers) werden GeBeR entsprechend den abgeschlossenen Beschäftigungsverträgen ausgegeben und der Wert des treuhänderisch verwalteten Güterbestandes entsprechend erhöht. Um „Verluste“ durch allzu großen unternehmerischen Mut (oder gar Missbrauch des Systems) einzugrenzen, ist ein neue Unternehmensform „Unternehmensförderer“ nötig, die Funktionen der heutigen Banken und Wirtschaftsprüfer übernimmt. Jedes Unternehmen muss einen Förderer nachweisen und dieser stimmt mit dem Unternehmen einen Rahmen ab, wie hoch die Güterbestände im Unternehmen anwachsen dürfen. Außerdem ist eine Splittung aller Einkommen in einen „Garantieteil“ und einen „Erfolgsteil“ nötig (wobei der Garantieteil beim Unternehmer selbst und weiteren Führungskräften Null oder niedrig sein kann), damit das Unternehmen Schwächeperioden durch Absenken der Erfolgseinkommen überwinden kann.

Hiermit würde das Unternehmertum eine erhebliche Stärkung erfahren, Wettbewerb und Kreativität würden gefördert und die „Tüchtigen“ hätten ihre Chancen. Zugleich entsteht das nötige vielfältige Güterangebot, damit die Bürger ihre GeBeR auch sinnvoll verwenden können. Auch werden viele neue Arbeitsplätze entstehen, denn solange ein Unternehmen etwas erzeugt, was seinen Markt hat, wird es seine Erzeugnisse auch absetzen.

5. Alle Steuern durch Abgaben ersetzen: Der „Geldhunger“ des Staates ist bekannt. Aber auch hier bieten sich „moderne“ Lösungen an, die die Uraltform der Finanzierung von Staatsaufgaben über Steuern sinnvoll ablösen: Für alle Güter, die der Staat für seine Bürger erzeugen muss, werden Staats-Unternehmen gegründet, (z.B. „Parlaments-Gesellschaft“, „Regierungs-Gesellschaft“, „Polizei-Gesellschaft“, „Verteidigungs-Gesellschaft“ usw.). Diese Unternehmen operieren wie alle anderen Unternehmen, d.h. sie veröffentlichen jährlich Berichte, in denen sie ihre erbrachten Leistungen darstellen, ihre Kosten begründen, Pläne für die Zukunft darstellen usw. Die Bürger müssen diese „Staats-Güter“ einkaufen, aber zwanghaft, per Gesetz, durch eine Abgabe vom Einkommen. Aber die Bürger wissen jetzt, wofür die Abgaben genutzt werden, sie haben für die Abgaben Verständnis bzw. können über ihre Volksvertreter Einfluss nehmen: Die Volksvertreter müssen die Budgets dieser Staatsleistungsbetriebe genehmigen und können Auflagen erteilen.

Es ist höchste Zeit, das heutige Steuer(un)wesen zu beseitigen, hier fehlt dem Bürger jedes Verständnis und jede Einflussnahme. Steuern werden auf alle möglichen wirtschaftlichen Vorgänge erhoben und die eingenommenen Steuern werden für Aufgaben ausgegeben, die mit den besteuerten Vorgängen in keinerlei Zusammenhang stehen. Wird dagegen die Gütererzeugung des Staates denen normaler Unternehmen (fast) gleichgestellt, wird der Staat stärker überwacht, er wird effizienter arbeiten, er wird bzw. kann keine Schulden machen, es ergibt sich eine gewaltige administrative Vereinfachung.

6. Außenhandel: Ja, aber nicht mit dem Ziel „Beschäftigung“ und „Rekordüberschuss“, sondern ausgeglichen.

7. Gesetzliche Vorgaben für die Wirtschaft: Ja, um Fehlentwicklungen (Erzeugung gesundheitsgefährdender Güter, unökologische Verfahren, Marktmissbrauch durch Großunternehmen usw.) einzudämmen oder zu verhindern, Förderung gewünschter Entwicklungen.

8. Privatvermögen: Ja, aber nicht als Geldvermögen, sondern nur als Sachvermögen zur privaten oder wirtschaftlichen Nutzung.

9. Polarisation Arbeitgeber/Arbeitnehmer: Nein, alle Beschäftigten eines Unternehmens einschließlich des Unternehmers bilden eine Erfolgsgemeinschaft mit dem Ziel, marktgerechte Güter hoher Qualität zu erzeugen und zu möglichst hohen Preisen am Markt abzusetzen.

Es ist unvorstellbar, nach diesen Darlegungen kann Geld aus dem Mittelpunkt unseres privaten und wirtschaftlichen Lebens verstoßen werden, es dreht sich nicht mehr alles um das Geld, die Aufgabe der Unternehmen ist nicht mehr „Geld zu verdienen“, sondern die Aufgabe der Wirtschaft bzw. der Unternehmen wird zurückgeführt auf ihren Ursprung: Mit möglichst wenig Arbeitsaufwand und umweltfreundlich alle Güter zu erzeugen und zu verteilen, die die Bürger brauchen, um ein ordentliches Leben in Ruhe, Frieden und Freiheit zu führen.

Unrealistisch? Eine „Güter+GeBeR-Wirtschaft“ basiert auf ganz einfachen Regeln, ist für jeden verständlich, könnte langfristig angestrebt werden und damit Leitbild für das Handeln der jetzigen Politiker werden.

Funktioniert nicht? Bislang konnte niemand im Konzept der „Güter+GeBeR-Wirtschaft“ einen Fehler nachweisen.

Literatur: GeBeR statt Geld oder Das Ende der Gelddiktatur
Verlag Mein Buch, Hermann-Blohm-Str.3, 29457 Hamburg
2004, 82 Seiten, ISBN 3-86516-119-7
Weitere Informationen: www.AKTION-ZUKUNFT.de